

12.12.2017

## Antrag

der Fraktion der SPD

### Landesregierung ebnet den Weg ins Fahrverbot

#### I. Regierungsvertreterin spricht sich für Fahrverbote aus

Fahrverbote für Dieselfahrzeuge werden immer wahrscheinlicher. Die Bezirksregierung Düsseldorf plant für die Landeshauptstadt laut Rheinischer Post konkrete Schritte, wie ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge umgesetzt werden kann. Auf einer CDU-Veranstaltung machte die Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher deutlich, dass Verbote unumgänglich seien. Selbst mit einem Dieselfahrverbot sei es schwierig, die Stickoxid-Grenzwerte in Düsseldorf einzuhalten. Diese Grenzwerte werden vor allem an vielbefahrenen Straßen überschritten. Was für Düsseldorf gilt, gilt gemäß der CDU-Politikerin auch für weitere Städte in NRW. Nach Einschätzung der Regierungspräsidentin ergeben sich zwei Szenarien: Einigt sich der Bund noch kurzfristig auf eine blaue Umweltplakette, könnten aktuelle Euro-6-Diesel-Motoren vom Verbot verschont bleiben. Ohne Einigung käme es zu einem generellen Diesel-Fahrverbot in den stark belasteten Gebieten.

#### II. Was tun die Minister Schulze Föcking und Wüst?

Mit dem zweiten Dieselpfahl in der vergangenen Woche im Bundeskanzleramt hat sich erneut keine Lösung für die Probleme der Städte und Gemeinden in NRW ergeben. Angesichts neu anstehender Dieselpfahl, drohenden Fahrverbots und konstant hohen Stickoxidwerten ist nun auch endlich die Landesregierung gefordert. Fakt ist aber: Die Landesregierung ist sprachlos, untätig und orientierungslos. Die für diese wichtige Frage zuständigen Minister für Verkehr und für Umwelt schweigen und verlassen sich darauf, dass dieses Problem von den NRW-Kommunen gelöst wird. Ein über die Ressorts abgestimmtes Konzept ist nicht zu erkennen. Die großspurigen Stauverhinderer fahren somit konzeptionslos ins Fahrverbot. Stillschweigend hoffen die CDU-Minister Schulze Föcking und Wüst, den Schwarzen Peter an die Kommunen weiterreichen und sich aus der Verantwortung schleichen zu können. Dieses Verhalten ist aber fahrlässig, denn ein Großteil der Kommunen in NRW, die von einer hohen Schadstoffbelastung betroffen sind, haben auch erhebliche finanzielle Probleme. Eine gemeinsame Strategie zwischen Land und Kommunen ist hier zwingend notwendig.

Datum des Originals: 12.12.2017/Ausgegeben: 12.12.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Wenn das von der Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher in Aussicht gestellte Fahrverbot kommen sollte, muss die Landesregierung umgehend Antworten auf mehrere Fragen finden:

- Wie will die Landesregierung den Berufspendlern helfen, trotz Fahrverbotes zu ihren Arbeitsplätzen zu kommen?
- Wie will die Landesregierung Handwerkern helfen, weiterhin in die Innenstädte zu kommen?
- Welche finanzielle Hilfe leistet die Landesregierung den Kommunen bei der Umsetzung der Dieselpipfelbeschlüsse – insbesondere für die Kommunen in NRW, die von einer hohen Schadstoffbelastung betroffen sind, und zugleich erhebliche finanzielle Probleme haben?
- Welche mittel- und langfristigen Schritte plant die Landesregierung, damit die Luftqualität in den Städten verbessert wird?
- Ein Großteil der Kommunen in NRW, die von einer hohen Schadstoffbelastung betroffen sind, haben auch erhebliche finanzielle Probleme. Inwiefern plant die LR hier eine (finanzielle) Unterstützung?
- Welches Konzept hat die Landesregierung für den ÖPNV?
- Welches Konzept hat die Landesregierung, um die Automobilindustrie in die Verantwortung zu nehmen
- Welchen Beitrag leistet die Landesregierung bei der von der Bundesregierung angekündigten Lotsenfunktion für die Kommunen? Wie erfolgt hier eine landeseinheitliche Unterstützung, Koordinierung und Beratung durch die Landesregierung?
- Welche mittel- und langfristigen Schritte plant die Landesregierung zur Stickstoffreduktion?
- Wie wird sich die Landesregierung bei einer möglichen Einführung einer Blauen Plakette entscheiden?

### III. Kommunen brauchen Unterstützung bei Luftreinhalteplänen

Ende Februar 2018 droht eine neue Etappe in der Diskussion um ein Dieselfahrverbot. Denn dann wird das Bundesverwaltungsgericht grundsätzlich darüber entscheiden, ob Dieselfahrverbote zur Senkung der Stickoxide von den Kommunen als rechtmäßiges Mittel herangezogen werden können.

Unabhängig davon sind die Kommunen mit hohen Stickoxidwerten auf jeden Fall dazu verpflichtet, ihre Luftreinhaltepläne fortzuschreiben. Dies kann nur mit der aktiven und konzeptionellen Hilfe der Landesregierung geschehen. Dabei muss diese Landesregierung den Dialog mit allen Gesellschaftsgruppen und Verbänden dringend initiieren und intensivieren.

Das setzt aber eine Strategie und ein Konzept der Landesregierung voraus. Diese ist aber bislang noch nicht zu erkennen. Die Minister Schulze Föcking und Wüst müssen den Kommunen mit einer landesweiten Initiative helfen, die Fortschreibung der Luftreinhaltepläne wirkungsvoll zu gestalten. Dabei sind alle möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität zu prüfen, um die Luftqualität weiter zu verbessern. Dazu zählen die Stärkung des ÖPNV, die Förderung der E-Mobilität, der verstärkte Ausbau des Radwegenetzes, die Digitalisierung des Verkehrs sowie die Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte.

Auch in der Luftreinhaltepolitik muss das Verursacherprinzip gelten. Die NO<sub>2</sub>-Problematik wird in vielen Städten durch den individuellen PKW-Verkehr hervorgerufen. Auch deshalb, weil die PKWs die vorgegebenen Werte durch Schummeltricks der Hersteller nicht einhalten. Deshalb kommt den Automobilherstellern eine besondere Verantwortung zu. Beim anstehenden dritten Diesel-Gipfel müssen diese in die Pflicht genommen werden, dass sie neben Software-

auch Hardwarelösungen anbieten. Die Landesregierung muss hier endlich den Druck auf die Automobilindustrie erhöhen.

#### **IV. Der Landtag beschließt:**

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- gemeinsam mit der Bundesregierung die Automobilindustrie bei der Hardware zu kundenfreundlichen und kostenfreien Nachrüstungen zu verpflichten;
- zur Abwendung von Diesel-Fahrverboten in den besonders betroffenen Kommunen kurzfristig wirkende Maßnahmen zur Luftreinhaltung zu entwickeln und zu beschließen;
- für den Fall, dass Diesel-Fahrverbote sich nicht abwenden lassen, Ausnahmeregelungen für Handwerk, Handel und Gewerbe so vorzubereiten, dass diese zeitnah umgesetzt werden können;
- auf Bundes- und Landesebene daraufhin zu wirken, dass die Kommunen nicht nur Einmalzahlungen, sondern eine langfristig bessere Ausstattung zur Verbesserung ihrer Angebote im ÖPNV, den Ausbau des Radwegenetzes und die Flottenerneuerung erhalten;
- ein langfristig wirkendes Konzept und Förderprogramm zur landeseinheitlichen Unterstützung, Koordinierung und Beratung der Kommunen, der Verkehrsverbände, der Unternehmen und Verbände zu entwickeln und hierzu zeitnah zu einem NRW-Mobilitätsgipfel einzuladen.

Norbert Römer  
Marc Herter  
Christian Dahm  
Sarah Philipp  
André Stinka  
Carsten Löcker

und Fraktion